Medienspiegel Woche 6_19

Inhalt

Wiler Nachrichten, 31. Januar 2019
Schulkinder brauchen vor allem Beziehungen 1

Tagblatt, 6.2.2019
Es fehlen die konkreten Beispiele 2

Tagblatt, 6.2.2019
In Schulen muss wirkliche Bildung vermittelt werden 2

Tagblatt, 8.2.2019
Digitale Technologie: Für Kinder gefährlich 3

Schule Schweiz, 1. Februar 2019
Selbsttätiges Lernen ist Betrug 4

NZZ am Sonntag, 3.2.2019
Konstante Bezugspersonen 5

Schule Schweiz, 3. Februar 2019
Ist Integration ein Menschenrecht? 6

Schule Schweiz, 4. Februar 2019
Verständnis brauchen sie, nicht Ritalin 7

Luzerner Zeitung, 17.1.2019
Ritalin fürs Klassenzimmer 7

NZZ, 8.2.2019
Kinder werden unreif eingeschult 8

NZZ, 8.2.2019
Der Kindergarten kommt für viele zu früh 8

Luzerner Zeitung, 4.2.2019
Luzerner Lehrer sorgen sich um Ranking 11

Schule Schweiz, 3. Februar 2019
Aus der Lernfabrik 14

NZZ am Sonntag, 3.2.2019
Datenschützer verlangen Whatsapp-Verbot an Schulen 15

NZZ am Sonntag, 3.2.2019
Nur die EU schützt uns Schweizer vor dem Datenkraken Facebook 16

Tagblatt, 6.2.2019
Schüler nutzen Whatsapp, Schulen suchen Alternativen 17

Veranstaltungshinweise 19

Wiler Nachrichten, 31. Januar 2019

Schulkinder brauchen vor allem Beziehungen

Von Peter Küpfer

Unter dem Titel «Bildungspolitik auf dem Holzweg?» brach der St. Galler Hochschuldozent Mario Andreotti eine Lanze für einen Unterricht, der die Persönlichkeitsentwicklung unserer Schulkinder wieder ins Zentrum setzt.

Der Referent Mario Andreotti (2.v.l.) im Pausengespräch – die Thematik hatte Potential. Peter Küpfer

Wil Es sei gerade im Hinblick auf die nächste bildungspolitische Abstimmung vom 10. Februar («IT-Bildungsoffensive») nötig, sich zu vergewissern, worauf echte Schulbildung beruht. Der Vortrag über Holzwege in unserer aktuellen Bildungslandschaft, wo sich im Hof zu Wil die Reihen bis zum letzten Platz füllten, war organisiert vom Verein «Starke Volksschule St. Gallen». Referent Mario Andreotti, engagierter Bildungsexperte, langjähriger Lehrer und Hochschuldozent, war in seinen Hauptaussagen glasklar: Die flächendeckende Umwandlung unserer Schulräume in «Lernlandschaften», wo unsere Kinder viel Zeit isoliert vor dem Bildschirm verbringen, ist der falsche Weg.

Klassenzimmer als Grossbüros?

Andreotti stösst sich daran, dass in der heutigen Zeit ein Schulexperiment das andere ablöst. Viele fragten sich inzwischen, woher denn diese pausenlose Reformitis komme? Sie sei massgeblich von ausserschulischen Interessen geleitet, so Andreotti. Insbesondere die grossen Schulmaterialkonzerne wollten im heutigen Computerzeitalter grundsätzlich weltweit agieren. Wenn man Bildung als Ware auf dem Bildungsmarkt verstehe, sei damit viel Geld zu machen. Sie setzten dabei vorwiegend auf Computer und Lernprogramme. Dabei liessen die vorwiegend aus Amerika stammenden neuen Konzepte etwas ausser Acht: Auch das ausgeklügeltste Programm könne nicht Mut machen oder echte Verstehensleistungen auslösen. Diese Prozesse seien stark an Lehrpersonen gebunden, welche die Schülerinnen und Schüler kennen, sie betreuen und anleiten. Heute seien die Schlagwörter Einzelkompetenzen, selbstorganisiertes Lernen, Selbst-Korrigieren, Früh-Fremdsprachen und Ähnliches für viele, vor allem jüngere und schwächere Schüler, oft die reine Überforderung. Die Lehrperson werde heute mehr und mehr zum blossen Anhängsel der Lernprogramme reduziert, zum Coach. Das einst gemütliche Klassenzimmer, ein Tor zur Welt und zum Leben, ähnle heute vielerorts einem Grossraumbüro. «Schulkinder brauchen vor allem Beziehungen», so Andreotti.

Engagierte Diskussion

Den engagierten Ausführungen des Pädagogen folgte eine ebenso lebhafte Diskussion. Sie zeigte, dass der Schuh tatsächlich dort drückt, wo der Referent einhakte. Eltern meldeten sich zu Wort und erfahrene Lehrkräfte. Eine Psychologin erwähnte verunsicherte Eltern, eine Sozialpädagogin fremdsprachige Schüler, die oft nicht verstünden, worum es genau gehe. Ihre Beispiele bestätigten die Schlussworte des Referenten, mit Gewicht gesprochen: «Wie gut die Schule funktioniert, hängt auch in Zukunft weder von der Klassengrösse noch von irgendwelchen Unterrichtsmethoden und schon gar nicht vom Computer ab, sondern von der Persönlichkeit tüchtiger Lehrer.»

http://wn.zehnder.ch/eweb/wn/2019/01/31/wn/43/

Tagblatt, 6.2.2019

Leserbrief

Es fehlen die konkreten Beispiele

Rita Scheiwiller, Bronschhofen

Abstimmen bedeutet, mit komplexen Themen konfrontiert zu werden. Entweder überlasse ich das Ja oder Nein dem Bauchgefühl, das aus jahrelanger Lebenserfahrung entstand, oder ich vertiefe mich in Broschüren, Zeitungsartikel oder Texte aus dem Internet. TV-Sendungen leisten einen Beitrag zu einem fundierten Ja oder Nein oder Diskussionen mit Menschen, die unterschiedlichste Perspektiven haben.

Immer wichtiger erscheinen mir Meinungen von neutralen Fachleuten mit fundiertem Wissen über ein Thema. Politiker und Politikerinnen können nicht überall fundiert Bescheid wissen, sie sind auch nicht immer unabhängig. Schlussendlich frage ich mich bei der IT-Bildungsoffensive, hilft sie beim Klimaschutz? Hilft sie, Kriege und Umweltzerstörung zu verhindern? Wie wird der nötige Strom produziert, wie sieht der Produktionskreislauf der Geräte aus, hilft sie, die Schere von Arm und Reich zu verkleinern? Technik kann gut oder schlecht eingesetzt werden. Mir fehlen konkrete Beispiele oder Leitplanken für ein Ja.

https://www.tagblatt.ch/meinung/leserbriefe/es-fehlen-die-konkreten-beispiele-ld.1091557

Tagblatt, 6.2.2019

Leserbrief

In Schulen muss wirkliche Bildung vermittelt werden

Ludwig Murtinger, Dietschwil

Die Anwendung von technischen Hilfsmitteln wie die Bedienung des Smartphones, eines Navigationssystems oder des Computers hat mit Bildung so wenig zu tun wie die Herstellung eines Apfelstrudels. Dies sind Fertigkeiten, die man am Rande des eigentlichen Bildungsprozesses erlernt, ohne ihnen eine grössere Bedeutung beizumessen als eben ihre Anwendbarkeit. Daher hat die sogenannte IT-«Bildungs»-Offensive in der Volksschule und den allgemeinbildenden mittleren und höheren Schulen absolut nichts verloren!

Wenn Wirtschaftsvertreter behaupten, eine solche Offensive sei unverzichtbar für beruflichen Erfolg und die positive Entwicklung ihrer Betriebe, so mögen sie doch dafür sorgen, dass die entsprechenden Fertigkeiten in der beruflichen Ausbildung vermittelt werden. Es geht nicht an, dass Wirtschaftsunternehmen einen Bereich, der in ihre Verantwortung fällt, an die öffentliche Hand auslagern und dass dafür 75 Millionen Franken veranschlagt werden. In unseren Schulen muss wieder wirkliche Bildung vermittelt werden, die unverzichtbar ist für die Entwicklung von jungen Menschen zu mündigen Bürgern und Mitgestaltern der demokratischen Gesellschaft. Daher ein deutliches Nein zur IT-Bildungsoffensive.

https://www.tagblatt.ch/meinung/leserbriefe/in-schulen-muss-wirkliche-bildung-vermittelt-werden-ld.1091556

Tagblatt, 8.2.2019

Leserbrief

Digitale Technologie: Für Kinder gefährlich

Claudia Meier-Preuschoff, Oberkirch

«Die beste Art, Kinder auf die elektronischen Medien vorzubereiten, ist, sie möglichst lange davor zu schützen.» Dies das Credo nicht von Elektronik-abstinenten Eltern, sondern aus der Technologie-Elite. Bill Gates, ehemaliger Geschäftsführer von Microsoft, und seine Frau erlaubten ihren Kindern bis zum Alter von 14 Jahren keine Mobiltelefone. Steve Jobs, bis zu seinem Tod im Jahr 2011 Geschäftsführer von Apple, sagte der «New York Times», er und seine Frau gestatteten es ihren Kindern nicht, das damals neu erschienene iPad zu benutzen. Beide Elternpaare begrenzten die häusliche Technologienutzung ihrer Kinder auf ein Minimum, weil sie um die stark suchterzeugende Kraft der digitalen Technologien sehr genau wussten.

Deutliche Warnungen über die Risiken von elektronischen Medien üben auch namhafte Pädagogen. In diversen Publikationen beschäftigen sie sich mit der geistigen Abstumpfung von Schulkindern durch digitale Medien. Professor Mario Andreotti, Dozent für Neuere deutsche Literatur und Buchautor, stützte unlängst in einer Kolumne in dieser Zeitung dieselbe Haltung.

Nachdrücklich warnte er vor der bevorstehenden Schul-Computerisierung bis auf Kindergartenstufe. Sein beachtlicher fachlicher Hintergrund, sein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl für die heranwachsende Generation und seine aufrechte Art beeindrucken nicht nur mich immer wieder aufs Neue.

An dieser Stelle sei ihm für sein mutiges Engagement, auch gegen die geldgierige IT-Branche anzutreten, sehr gedankt.

https://www.tagblatt.ch/meinung/leserbriefe/digitale-technologie-fur-kinder-gefahrlich-ld.1092252

Schule Schweiz, 1. Februar 2019

Selbsttätiges Lernen ist Betrug

Die kritische Haltung gegenüber der reformierten Schule lässt nicht nach. Dies beweist ein voller Saal anlässlich eines Podiums mit anschliessender angeregter Diskussion zum Thema «Selbsttätiges Lernen, Lernateliers» in Zürich. Dabei wurde die Schule aus verschiedenen Perspektiven betrachtet: Eltern, Psychologie und Gesundheit.

Nicole Fuchs, Allan Guggenbühl und Hannes Geiges referierten in Zürich, Bild: uk

Selbsttätiges Lernen, Lernateliers, Starke Volksschule Zürich, Podiumsgespräch, 30.1. von Urs Kalberer

Nicole Fuchs berichtete über Ihre Erfahrungen als Mutter von Kindern an der Schule Niederhasli. Dort werden neue Schulformen wie selbstorganisiertes Lernen angewendet, was zu Protesten von Eltern führte. Nach ihrer Erfahrung macht diese Schule die Kinder krank. Obwohl an der Schule kompetenzorientierter Unterricht praktiziert wird, fehlten den Kindern die Grundkompetenzen, um dem Lehrplan 21-Konzept zu genügen.

Die schöne, neue Begriffswelt der modernen Pädagogik wurde von Allan Guggenbühl thematisiert: Selbstständiges Lernen, Kooperation, Lernateliers – das alles tönt wunderbar, da kann man doch nicht dagegen sein. Doch, so Guggenbühl, müsse man sich durch diese Begriffe nicht täuschen lassen und die Auswirkungen anschauen, welche diese neuen Unterrichtsformen hätten.

Eindrücklich war die Faustrechnung, wonach es für einen Drittel der Schüler keine Rolle spiele, welche Methode angewandt wird – sie würden den Stoff meistern. Doch ein ganzes Drittel der Schülerschaft würde mehr lernen, wenn es gar nicht in die Schule ginge. Guggenbühls Erfahrung nach zeichne sich das selbsttätige Lernen durch viel Lärm, grosse Ineffizienz und dem mangelnden Einverständnis der Kinder aus. Kinder wollten und brauchten die Begegnung mit Erwachsenen, auch Dissonanz sei wichtig. Gerade dies werde aber durch den individualisierten und konstruktivistischen Ansatz des entdeckenden und selbsttätigen Lernens eingeschränkt. Das Fazit des Psychologen über die heutige Schulpraxis ist denn auch vernichtend: "Selbsttätiges Lernen ist ein Betrug". Wir würden in zehn Jahren nicht stolz sein auf das, was heute in den Schulen geschieht, so Guggenbühl in einer abschliessenden Prognose.

Der Kinderarzt Hannes Geiges fügte schliesslich noch Gedanken aus medizinischer Sicht an: Nicht nur die Schule sei krank, auch die Schüler seien es vermehrt. Besonders fragwürdig empfindet Geiges das herrschende Beurteilungssystem, das viele Probleme bei der Lehrstellensuche und damit hohe Folgekosten für die Gesellschaft verursache. Dem pflichtet Allan Guggenbühl bei, die Beurteilungsbögen des Sozialverhaltens gehörten abgeschafft, da besonders die Knaben dadurch pathalogisiert würden. Dies sei ein Skandal.

https://schuleschweiz.blogspot.com/2019/02/selbsttatiges-lernen-ist-betrug.html

NZZ am Sonntag, 3.2.2019

Konstante Bezugspersonen

Klassenlehrerinnen und Heilpädagogin unterrichten gemeinsam.

Leserbriefe zu: «Nun kommt der Heilpädagoge light» NZZ am Sonntag vom 27. Januar

Die Pflästerlipolitik geht weiter, solange man nicht dem eigentlichen Problem auf den Grund geht. Behinderte und verhaltensauffällige Schüler brauchen einen speziellen, kontinuierlichen Unterricht in Klassen mit konstanten Bezugspersonen. Das wird weder durch Heilpädagogen light noch durch schulische Heilpädagogen erfüllt, welche die Kinder sporadisch aus den Klassen entfernen und sie nur stundenweise fördern. Voraussetzungen für diese anspruchsvolle Tätigkeit haben nur Lehrkräfte, die sich mindestens ein Jahr in Regelklassen bewährt haben und nachher speziell für den Gruppenunterricht mit behinderten und schwierigen Kindern ausgebildet worden sind. Das ist heute nicht mehr der Fall, und es liegt an den Bildungsdepartementen, den Hochschulen für Heilpädagogik verbindlich diesen Auftrag zu erteilen. Nur Separation mit einem Unterricht, der zugleich Grundlagenförderung und erzieherische Anliegen aufnimmt, führt zu echter Integration!

Peter Schmid, Frauenfeld (TG)

Pädagogische Integrationsromantik führte dazu, dass die Kleinklassen für verhaltensgestörte oder intelligenzschwache Kinder abgeschafft und diese in die Regelklassen eingegliedert wurden. Das führte in den Letzteren zu massiven Problemen, worauf man den Lehrerinnen Heilpädagogen und sonstige Assistenten zur Verfügung stellte, die sich während einzelner Stunden den Problemschülern widmeten. Das löste die Probleme aber nicht. Nun sucht man eine neue Lösung, indem man die Lehrkräfte zu Heilpädagogen ausbildet, wodurch sich der Einsatz von Hilfskräften erübrigen soll. Man übersieht dabei, dass auch die bestausgebildete und einsatzfreudigste Lehrerin nicht alles zur gleichen Zeit machen kann. Man kann nicht gleichzeitig therapieren und Rechenunterricht erteilen.

Helmut Meyer, Zürich

Warum sträubt man sich denn immer noch gegen eine erneute Schaffung von Kleinklassen? Dieses System funktionierte damals bestens, und als Lehrpersonen unterrichteten meist sonderpädagogisch sehr gut ausgebildete Leute. Der Vorschlag, von Normalklassenlehrkräften eine zusätzliche Ausbildung zu verlangen ohne irgendeine Gegenleistung bei der Besoldung, ist nicht durchführbar. Im Übrigen kann man es auch übertreiben mit der Einstufung von Kindern als «förderungsbedürftig». Die entsprechenden Zahlen sind viel zu hoch; würde man sie senken, wäre rasch eine Entspannung im Personalbedarf zu erreichen.

Bruno Pfister, Pfäffikon (SZ)

Es ist kaum zu glauben, mit welch haarsträubenden Ideen die zunehmend realitätsfremden Bildungstheoretiker den fatalen Auswirkungen des grassierenden Integrationswahns an der Zürcher Volksschule entgegenwirken wollen. Sollten angehende Pädagogen mit künftiger Klassenlehrerverantwortung auch noch die vorgeschlagene Portion heilpädagogischer Ausbildung durchlaufen und ihre Umsetzung in der Praxis schultern müssen, dürfte sich die Halbwertszeit ihres aktiven Lehrerdaseins noch einmal rapide verkürzen. Dabei liegt die Lösung mancher Überforderungen in Regelklassen so nahe: Sie heisst Kleinklassen.

Max Knöpfel, Pfäffikon (ZH)

Aus meiner langjährigen Erfahrung als Sozialpädagogin im Klassenzimmer sehe ich dringenden Handlungsbedarf. Ich mache mir momentan mehr Sorgen um die Lehrer, weil sie zu viel Verantwortung tragen, allen Anforderungen gerecht werden zu müssen. Und auch um die stärkeren Schüler, weil gerade so viel Augenmerk auf den Problemschülern liegt.

Ich bezweifle, dass die Heilpädagogik light Verbesserung bringt. Wir haben es in den Grundschulen mit einem riesigen Spektrum von Begabungen bis hin zu Behinderungen und zusätzlich erziehungsbedingten Verhaltensauffälligkeiten zu tun. Dies müssen und können die Lehrer nicht mehr allein bewältigen. Es braucht starke Teams aus unterschiedlichen Bereichen. Dass zu Hause zu wenig Erziehung stattfindet, bekommen wir alle in der Schule stark zu spüren. Es braucht ein noch viel ganzheitlicheres Konzept. Ich glaube, wir dürfen wirklich nicht noch mehr Gewicht auf die Lehrer laden. Sicher ist es wichtig, dass sie auch eine gewisse Bildung im Bereich der Inklusion erhalten, dies gehört jedoch bereits in die Grundausbildung und bedarf keiner zwangsverordneten Zusatzausbildung.

Nadja Eisele, Basel

https://epaper.nzz.ch/#article/8/NZZ%20am%20Sonntag/2019-02-08/24/239457077

Schule Schweiz, 3. Februar 2019

Ist Integration ein Menschenrecht?

Die Zürcher Erziehungsdirektorin hält in ihrem Interview vom 28.01.2019 fest, dass der Lehrplan 21 «...nach jahrelanger Vorbereitung und Diskussion...» eingeführt worden sei. Eingeführt ist nicht umgesetzt! Die «jahrelange Vorbereitung» mag zutreffen; sie erfolgte unter Ausschluss der Öffentlichkeit und vor allem der jetzt direkt Betroffenen. Wer sich heute umhört, erfährt, dass der LP21 ein Reformvorhaben ist, das erstaunlich wenig echt freiwillige Gefolgschaft findet, sondern mit repressiven Massnahmen gegenüber Lehrerinnen und Lehrern eingeführt werden muss. Solches findet man sonst nur in totalitären Staaten! «Änderungen in den Schulen müssen breit abgestützt sein», sagt die Erziehungsdirektorin, und fährt fort: «Wenn die involvierten Personen nicht dahinterstehen, sind Änderungen zum Scheitern verurteilt». LP21 lässt grüssen!

Keine Visionen für die Zukunft der Schule? Gerhard Steiner, 2.2.

Im Zusammenhang mit der «Chancengerechtigkeit» (u.a. im Blick auf Behinderte) ist im weiteren Verlauf des Interviews die programmatische Aussage zu lesen: «Der integrative Unterricht ist für mich kein Projekt, sondern ein Menschenrecht. Jeder sollte, wenn möglich, integriert unterrichtet werden» - d.h. alle beisammen: die hochbegabten, die durchschnittlichen, die verhaltensgestörten und die behinderten Kinder. Das Behindertengleichstellungsgesetz verlange das. Dort heisst es in Art. 20, Abs. 2 «Die Kantone fördern, soweit dies möglich ist und dem Wohl des behinderten Kindes oder Jugendlichen dient, mit entsprechenden Schulungsformen die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in die Regelschule». Ob sich die oben zitierte

magistrale Aussage aus den Formulierungen des Gesetzestextes zwingend so extrapolieren lässt, ist doch sehr in Frage zu stellen. Entscheidend ist, dass alle Lernenden eine ihren Fähigkeiten entsprechende optimale Förderung erhalten. Das aber ist für die überwiegende Mehrzahl der Lernenden (selbst für Behinderte) in einem nicht-integrativen Lernumfeld viel effizienter zu haben, weil dort (1) die Organisation der Lehr-Lern-Situation wesentlich schlanker ist, was (2) weniger Umtriebe und Ablenkung zur Folge hat und (3) auf Seiten der Lernenden eine höhere Konzentration ermöglicht. Dadurch wird (4) die Nutzung der Lernzeit massiv erhöht, was (5) mehr sichtbaren Lernerfolg generiert. Und (6) wird die Autonomie vieler Lehrerinnen und Lehrer wiederhergestellt, ihr Kräfteverschleiss geringer und die Arbeitszufriedenheit grösser. Das ist für mich zwar kein Menschenrecht, aber eine gut begründbare Vision. Die als Ziel formulierte Integration behinderter Kinder muss und darf dabei keineswegs verloren gehen; sie kann gezielt in spezifischen Bereichen auf der Basis subtiler sozialer Interaktionen realisiert werden; dazu macht das Gesetz keine Vorschriften.

Gerhard Steiner, em. Prof. für Psychologie (Entwicklung und Lernen) Universität Basel. Der Text wurde der NZZ als Leserbrief zugestellt.

https://schuleschweiz.blogspot.com/2019/02/ist-integration-ein-menschenrecht.html

Schule Schweiz, 4. Februar 2019

Verständnis brauchen sie, nicht Ritalin

Wie Frau Amato aus Oberkirch erlebe ich, wie mit dem Eintritt in den Kindergarten für unzählige Kinder leidvolle Jahre beginnen. Nur weil sie etwas lebhafter sind und sich nicht so gut konzentrieren können, bekommen sie rasch die Diagnose ADHS. Man stützt sich dabei nur auf Äusserlichkeiten, nicht auf nachweisliche Hirn-Veränderungen.

Luzerner Zeitung, 1.2. Leserbrief von Claudia Meier-Preuschoff

Die innerseelischen Ursachen bleiben meist ausser Acht. Kommt noch das Psychopharmaka Ritalin dazu, wird für die betroffenen Kinder die Lage erst recht prekär. Sie haben so viele Gründe für Nervosität: Das eine Kind sieht sich hoffnungslos im Schatten seines Geschwisters, das seine Schulaufgaben stets auf Anhieb versteht und mit Bravour löst. Vermeintlich unbemerkt bewundern die Eltern das eine Kind und bemitleiden das andere.

Ein anderes Schulkind vergeht schier ob seiner nicht zu bewältigenden Arbeit. Auf sich gestellt, vielleicht abgesondert, sehnt es sich nach der ermutigenden Anleitung seiner Lehrerin und der Verbundenheit mit den Kameraden. Seine schulische Welt ist entweder weiss oder schwarz: kapieren oder dumm sein, zu den schnellen Coolen gehören oder zu den Abgehängten. Nun gibt es Kinder, die darob in der Überanpassung versinken und andere, die rebellieren. Alle diese Kinder und noch viele mehr wollen in dem erkannt werden, was sie wirklich umtreibt, wo sie der Schuh drückt. Darum: Lehrtätige müssen wieder darin befähigt werden, dieses Verständnis mit pädagogischer und psychologischer Kenntnis aufzubringen. Statt zu pathologisieren, sollten sie mit solchen Problemen umgehen können.

Sie brauchen Methodenfreiheit, logische Lehrmittel und vernünftige Lehrpläne als Grundlage für ihr solides Wirken. Die Kinder, ihre Eltern, die ganze Gesellschaft werden es reichlich danken.

https://schuleschweiz.blogspot.com/2019/02/verstandnis-brauchen-sie-nicht-ritalin.html#more

Vgl. dazu:
Luzerner Zeitung, 17.1.2019

Ritalin fürs Klassenzimmer

https://www.luzernerzeitung.ch/leben/ritalin-furs-klassenzimmer-ld.1085703

NZZ, 8.2.2019

Kinder werden unreif eingeschult

Nidwalden und Schwyz heben das Eintrittsalter wieder an

ase. · Verschiedene Kantone, darunter Zürich, haben in den letzten Jahren das Alter für den Schuleintritt heruntergesetzt. Immer häufiger kommen daher unselbständige Vierjährige in den Kindergarten, die unter Trennungsängsten leiden und sich nicht in die Gruppe einfügen. In Extremfällen müssen die Lehrpersonen sogar Windeln wechseln.

In Nidwalden und Schwyz reagiert nun die Politik auf die Klagen, die auch von Eltern kommen. Beide Kantone verschieben das Stichdatum für den Schuleintritt. Damit wollen die Verantwortlichen sicherstellen, dass keine Kinder eingeschult werden, die erst kurz vorher vier Jahre alt geworden sind. Gegner kritisieren, dass mit diesem Vorgehen Chancen für die Frühförderung verpasst würden. Lehrpersonen, aber auch Erziehungswissenschafter begrüssen, dass das angestrebte tiefe Einschulungsalter infrage gestellt wird.

https://epaper.nzz.ch/#article/6/Neue%20Z%C3%BCrcher%20Zeitung/2019-02-08/1/239519091

NZZ, 8.2.2019

Der Kindergarten kommt für viele zu früh

Lehrpersonen sind oft überfordert, weil sie unselbständige Kinder zu betreuen haben – jetzt reagieren erste Kantone

Immer mehr Kinder kommen bereits im Alter von vier Jahren in den Kindergarten. Das führt zu Problemen. Nun erhöhen mehrere Kantone das Eintrittsalter.

Erich Aschwanden (Text), Joana Kelén (Grafik)

«Lehrpersonen wickeln keine Kinder», lautet die zentrale Forderung des Verbands Kindergarten Zürich (VKZ) in einem Positionspapier. Doch immer wieder kommt es vor, dass Kindergärtnerinnen genau dies machen müssen. Das zeigt, wie stark Lehrpersonen gefordert sind. «Viel häufiger zeigen sich bei den jüngsten Kindern jedoch andere Probleme: Unselbständigkeit, Trennungsängste hinsichtlich der Bezugspersonen sowie wenig Interesse und Bereitschaft, in einer grossen Gruppe gemeinsam etwas zu machen. Dies sind die Thematiken, die unsere Arbeit erschweren bis verunmöglichen», erklärt Verbandspräsidentin Ursina Zindel.

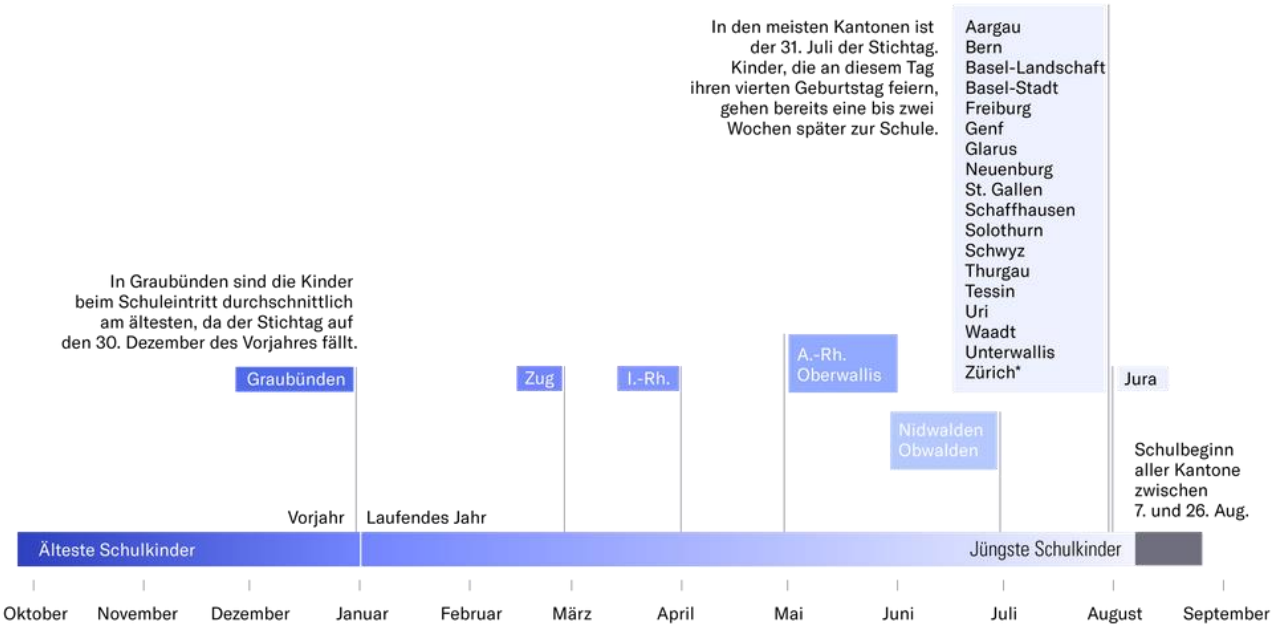
Auch für Familien ist es eine Herausforderung, wenn ihr Kind bereits mit vier Jahren in die Schule kommt. So werden die Eltern etwa im Luzerner Vorort Ebikon angehalten, dafür zu sorgen, dass der Kindergärtler sich «selber an- und auskleiden kann sowie sein Eigentum (Znünitäschli, Finken, Turnsack) kennt». So zumindest steht es in der Rubrik «Voraussetzungen für einen guten Start» auf der Gemeinde-Website.

Gegen den Trend

Es ist kein Zufall, dass sich solche Probleme momentan häufen. Im Rahmen der Harmonisierung der Volksschule haben viele Kantone den Stichtag für den Schuleintritt auf den 31. Juli festgelegt. Dies bedeutet, dass alle vor diesem Datum geborenen Vierjährigen obligatorisch oder freiwillig den Kindergarten besuchen. Die jüngsten Kinder haben damit knapp zwei Wochen vor dem Schulbeginn ihren vierten Geburtstag gefeiert.

Die meisten Kantone schulen Kinder früh ein

Stichtage aller Kantone (spätestmöglicher Geburtstag, ——————————————mit dem man noch im selben Jahr in die Schule kommt)



* Der Stichtag in Zürich wird bis ins Schuljahr 2019/20 in jährlichen Halbjahresschritten von ursprünglich 30. April auf den 31. Juli verlegt. – Quelle: Erziehungsdirektorenkonferenz – Grafik: jok

Nun reagieren zwei Kantone auf die Klagen von Lehrern, Eltern und Lehrmeistern. Nidwalden und Schwyz heben die Altersgrenze für die Einschulung wieder an. In Nidwalden wird der Stichtag von Ende Juni auf Ende Februar vorgezogen. Kinder, die in den Monaten März bis Juni geboren sind, gehen damit ein Jahr später zur Schule. «Die Reaktionen auf diesen Beschluss waren unisono positiv», erklärt der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid (svp.). Der Entscheid sei aufgrund langjähriger Erfahrung und Rückmeldungen von Schulen und Lehrbetrieben erfolgt. Zusätzlich werde die Korrektur durch deutsche und britische Studien erhärtet.

Nicht überall stösst das Ausscheren der Innerschweizer auf Begeisterung. Beat W. Zemp, der Präsident des Schweizer Lehrerverbandes, spricht von einer verpassten Chance: «Wenn man einfach das Stichdatum vorverlegt, verwehrt man dadurch einem Drittel der Kinder eines Jahrgangs die wertvolle Frühförderung in einer professionellen Lernumgebung.» Zemp bedauert, dass die Frühförderung in der Schweiz im Vergleich zu anderen OECD-Ländern immer noch als Stiefkind behandelt wird. Er vermutet politische Gründe dahinter: «Solange es keinen politischen Konsens bei diesem umstrittenen Thema gibt, wird es auch keine Harmonisierung im Bereich des Schuleintrittsalters geben.» Schmid betont, dass Eltern weiterhin wählen können, ob sie ihr Kind ein oder zwei Jahre in den Kindergarten schicken wollen. Wenn es die intellektuelle und persönliche Entwicklung des Kindes erfordert, könne der Kindergarten sogar in drei Jahren durchlaufen werden.

In der Wissenschaft sorgt der Entscheid der Nidwaldner Regierung für Diskussionen und wird durchaus auch positiv bewertet. So schreibt Margrit Stamm, emeritierte Professorin der Universität Freiburg, in einem Blog-Beitrag: «Früh instruierte Kinder bekommen zwar einen Vorsprung gegenüber anderen, aber dieser wächst sich relativ schnell aus.» Der Schuleintritt sei zwar sehr bedeutsam. «Doch eine ausgewogene physische und mentale Gesundheit, emotionale Stabilität und ein gutes Selbstwertgefühl sind ebenso wichtige Grundlagen für eine erfolgreiche Schullaufbahn.»

Eltern behalten Kinder zu Hause

«Der Ernst des Lebens beginnt für die Kinder mit dem vorverlegten Schulbeginn früher. Das hat entwicklungspsychologisch durchaus seine Nachteile», erklärt Stamm auf Anfrage. Die sich häufenden Probleme unmittelbar nach der Einschulung führt sie auch darauf zurück, dass der Kindergarten im Vergleich zu früher professioneller geworden ist. Die Kinder spielten weniger und müssten sich wie Schüler verhalten. «Es werden andere Kompetenzen verlangt, die viele Vierjährige gar noch nicht erfüllen können», beobachtet Stamm.

Die Kantone tragen dem Umstand Rechnung, dass der Entwicklungsstand von Kindern unterschiedlich ist. Laut Marion Völger, Leiterin des Zürcher Volksschulamtes, verläuft die Entwicklung im neuen Lehrplan 21 kontinuierlich und ist in Zyklen von drei bis vier Jahren gegliedert. Lehrerinnen und Lehrer würden durch adäquate Weiterbildungen und auch durch Lehrmittel unterstützt, die Schülerinnen und Schüler an die Kompetenzziele heranzuführen.

Vielen Eltern genügt dies allerdings nicht. Sie reagieren auf die tatsächliche oder vermutete Überforderung, indem sie ihre Kinder ein Jahr länger zu Hause behalten. So berichtete die «Solothurner Zeitung» im vergangenen Jahr, dass der Anteil der später eingeschulten Kinder markant zunehme. Kamen im Schuljahr 2012/2013 noch rund 2 Prozent der Kinder später in die Schule, waren es fünf Jahre später bereits 10,6 Prozent. In Solothurn müssen Eltern für eine Rückstellung keine bestimmten Gründe oder ein Gutachten vorlegen. Andere Kantone sind bei der Bewilligung deutlich restriktiver. Zahlen über die Anzahl Gesuche und bewilligter Rückstellungen aus anderen Kantonen liegen nicht vor. In städtischen Gebieten, wo die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine wichtige Rolle spielt, dürfte die Zahl der Rückstellungen geringer sein als auf dem Land.

Margrit Stamm beobachtet jedoch, dass die Bedenken gegenüber einer frühen Einschulung deutlich grösser geworden sind. Angesichts ständig steigender Ausnahmen wäre es aus ihrer Sicht zu begrüssen, wenn man vom «am Schreibtisch festgelegten Termin vom 31. Juli» abweichen würde. «Ideal wäre aus meiner Sicht ein flexibilisierter Termin. Darüber braucht es nun eine schweizweite Debatte», erklärt die Erziehungswissenschafterin.

Diese fordert auch Ursina Zindel, Präsidentin des Verbands Kindergarten Zürich. Sie hofft, dass die Haltung der Innerschweizer Kantone eine gesamtschweizerische Diskussion über das Stichdatum für den Schuleintritt auslöst, wie dies ihr Verband bereits vor zwei Jahren forderte. Kurzfristig könne man die Probleme mit Assistenzen für den Schuleintritt entschärfen, wie dies verschiedene Gemeinden heute schon machten. «Langfristig bekommen wir jedoch Probleme im ganzen Bildungssystem, wenn Kinder zu früh eingeschult werden. Denn nichts ist teurer als ein schlechter Start», erklärt Zindel.

Vorläufig bleibt die Schweiz in Sachen Schuleintritt ein Flickenteppich. In Graubünden, Zug, Schwyz und Nidwalden sowie den beiden Appenzell, die dem Harmos-Konkordat nicht angehören, kommen die Kinder später in den Kindergarten. Eine ganz spezielle Lösung kennt das Wallis: Für Kinder aus dem oberen Kantonsteil gilt der 30. April als Stichtag, für Kinder aus dem Unterwallis der 31. Juli.

https://www.nzz.ch/schweiz/zu-viele-unreife-kinder-kantone-erhoehen-alter-fuer-schuleintritt-ld.1457484

Luzerner Zeitung, 4.2.2019

Luzerner Lehrer sorgen sich um Ranking

Neu werden im Kanton Luzern mit dem Leistungstest «Stellwerk» nicht nur die Schüler verglichen, sondern auch die Klassen. Wenn diese zu stark vom kantonalen Schnitt abweichen, muss die Schulleitung handeln. Dieses Vorgehen erntet bei den Lehrern Kritik.

Roseline Troxler

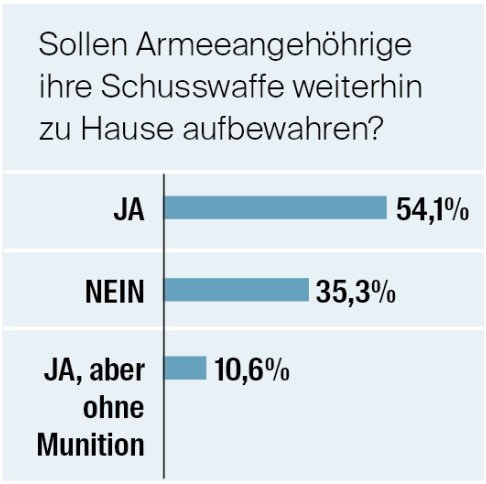
Für alle Zweit- und Drittsekschüler im Kanton Luzern heisst es einmal pro Jahr: Antraben zum Stellwerktest. Dabei handelt es sich um einen einheitlichen Test, der ein Leistungsprofil der Schüler erstellt. Der Test dient laut Charles Vincent, Leiter der Dienststelle Volksschulbildung, in erster Linie der Standortbestimmung der einzelnen Schüler.

Er zeigt aber auch den Leistungsstand einer Klasse beziehungsweise das Ergebnis auf Kantonsebene auf. Die Ergebnisse werden seit Jahren kantonal ausgewertet und publiziert. «Neu erhalten die Schulleitungen zusätzlich die Ergebnisse aufbereitet für ihre Schule. Dies soll für sie eine Erleichterung darstellen.»

Beispielaufgabe 1: Deutsch

Deutsch

Vera und Rebekka studieren die Grafik und fassen ihre Schlüsse in zwei Sätzen zusammen. Beurteile.



Antwort Vera:
Rund zwei Drittel der Befragten sind der Meinung, die Armeeangehörigen sollen ihre Schusswaffe, weiterhin zu Hause aufbewahren.

☐ richtig ☐ falsch

Antwort Rebekka:
Ein grosser Teil der Befürworter ist der Meinung, die Schusswaffen dürften nur ohne Munition aufbewahrt werden.

☐ richtig ☐ falsch

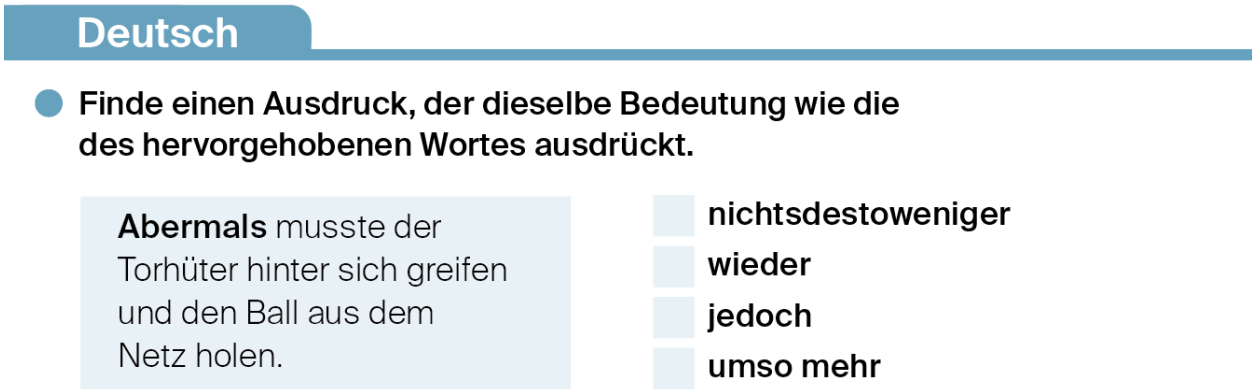
Doch viele Luzerner Lehrerinnen und Lehrer, die den Test mit ihren Schülern durchgeführt haben, gingen bis vor kurzem davon aus, dass es nur um eine Standortbestimmung für die Schüler geht. Laut Vincent wurden die Schulleitungen allerdings bereits vor einem Jahr über diesen Schritt informiert. Er sagt: «Wir haben die Daten, welche wir bereits vorher kantonal ausgewertet haben, nun erstmals mit dem Vergleich an die Schulleitungen gesendet und diese gebeten, Schlussfolgerungen zu ziehen.»

Bei Abweichung braucht es eine Begründung

Das kommt nicht überall gut an. Eine Sekundarlehrerin ärgert sich: «Es werden nicht mehr nur die Schüler, sondern auch die Lehrer miteinander verglichen.» Denn bei Klassen, welche um mehr als zehn Prozent vom kantonalen Durchschnitt abweichen, muss die Schulleitung neu Stellung nehmen und Massnahmen vorsehen. Dies bestätigt Charles Vincent. Der Fall sei dies bei rund zehn von 179 Klassen. In den Vergleich und die Beurteilung mit einbezogen werden die

Kompetenzen in Mathematik und Deutsch. Die Abweichungen von zehn Prozent und mehr betreffen in den meisten Fällen nur eines der beiden Fächer.

Beispielaufgabe 2: Deutsch

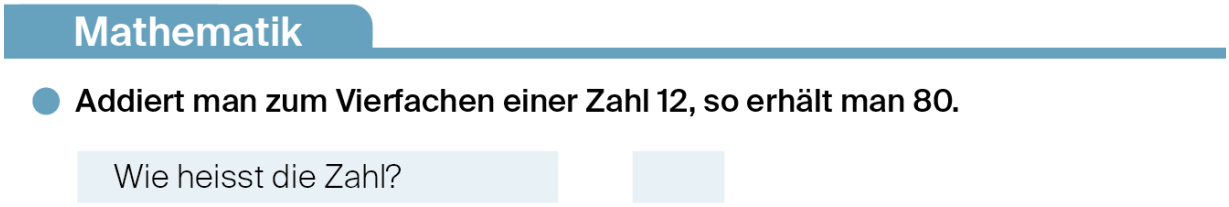


Zu den Massnahmen, die getroffen werden können, sagt er: «Eine Möglichkeit sind zusätzliche Förderlektionen für die Klassen, weitere Stunden für Deutsch als Zweitsprache oder etwa ein Coaching für die Lehrperson.» Dass bei einem schlechten Abschneiden der Klasse die Lehrer Unterstützung erhalten sollen, passt vielen Lehrern nicht. Vor allem auch, weil Klassen mit vielen Fremdsprachigen oder Niveau C-Klassen öfters abweichen. Charles Vincent begründet: «Beim Stellwerk am Ende der 9. Klasse sind Fördermassnahmen nicht mehr möglich. Wenn die Auswertung vorliegt, haben die Schüler die obligatorische Schulzeit bereits beendet.»

«Der Zweck des Vergleichs muss transparent sein»

Hubert Müller, Schulleiter der 5. bis 9. Klasse in Willisau, kann «nachvollziehen, dass der Kanton die Resultate des Stellwerks auch in die kantonale Schulentwicklung einbeziehen will». Die Rückfrage der Dienststelle bei einer Abweichung von zehn Prozent und mehr sei legitim. Ähnlich tönt es bei Vreni Völkle, Rektorin der Volksschulen in der Stadt Luzern. «Bei grösseren Abweichungen muss die Schule ein Interesse haben, die Gründe dafür zu finden und Massnahmen abzuleiten.» Auch Lukas Brunner, Schulleiter der Schule Berghof Wolhusen, findet es für die Weiterentwicklung der Schule positiv, wenn sich das Team darüber unterhalte, wie es zu den Resultaten gekommen sei und welche Massnahmen man treffen könne.

Beispielaufgabe 3: Mathematik

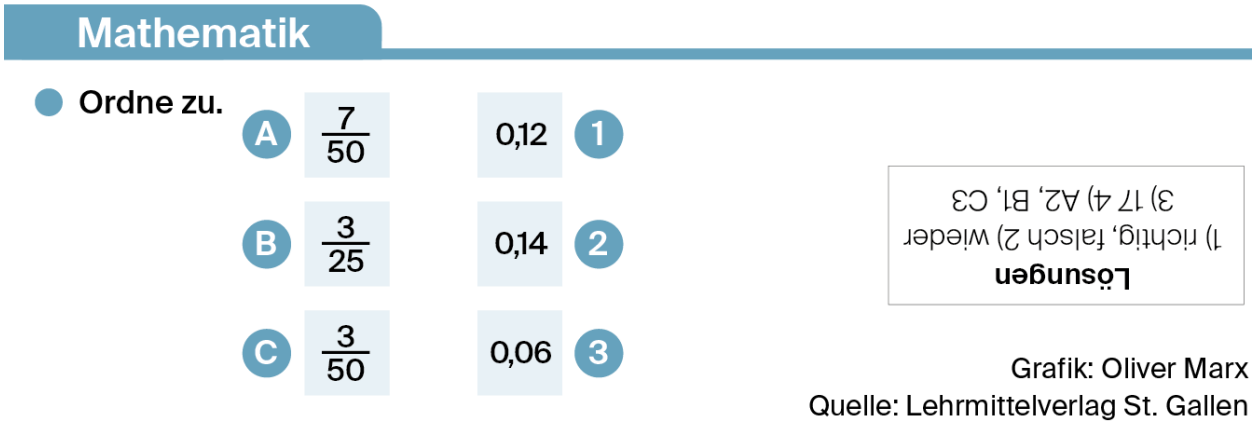


Trotz des interessanten Vergleichs sehen die Schulleitungen auch Gefahren: «Der Zweck des Vergleichs muss transparent sein. Es soll kein Ranking zwischen den Schulen oder Lehrpersonen daraus resultieren», betont Völkle. Dies sieht auch Brunner so: «Der Stellwerktest liefert einen Durchschnitt. Das Resultat hängt sehr von der Zusammensetzung der Klassen ab. Dass der Kanton nun die Schulen mit den Resultaten der Stellwerktests vergleichen will, finde ich problematisch.» Für Völkle hat die demografische Zusammensetzung einen grossen Einfluss auf die Testergebnisse.

Resultate nicht «auf goldenen Altar legen»

Der Stellwerktest als Förderinstrument wird hingegen als gute Sache angesehen. So wüssten die Schüler, wo sie stehen und die Lehrer, welche Themen zu repetieren sind, sagt Brunner. Für Müller liefert der Test einen interessanten «Quervergleich mit Tausenden von anderen Schülern oder Klassen». Er warnt allerdings davor, «die Resultate auf den goldenen Altar zu legen». Sie würden nur einen kleinen Teil der Lernziele abbilden.

Beispielaufgabe 4: Mathematik



Grafik: Oliver Marx
Quelle: Lehrmittelverlag St. Gallen

Brunner sieht im Test negative Folgen für die Lehrer: «Der Rückschluss, dass gute Stellwerkresultate bedeuten, dass die Lehrperson besser unterrichtet als eine, bei der die Klasse schlechte Resultate absolviert, ist falsch.» Bei solchen Vergleichen müsse man aufpassen, dass der Druck nicht zu gross wird. «Ich kenne Lehrpersonen, welche vor den Stellwerktests nicht mehr gut schlafen, da sie Angst haben, dass die Schüler schlechte Resultate haben.» Eine Lehrerin bestätigt die Befürchtungen und glaubt, dass Lehrer mit ihren Klassen künftig gezielter auf die Stellwerktests hin lernen werden.Vincent hat ein gewisses Verständnis für die Vorbehalte, sagt aber: «Wir haben bei der Einführung der Stellwerktests vor zehn Jahren diese Verwendungsform noch nicht geplant. Deshalb wurde nicht darauf hingewiesen, dass wir den Stellwerktest 9 auch für die Qualitätsentwicklung der Schulen brauchen.» Dafür auf andere Tests zu setzen, würde zu Mehrkosten führen, gibt er zu bedenken.

Zweck des Stellwerktests

Der Stellwerktest überprüft die Kompetenzen der Schüler in den Bereichen Deutsch, Englisch, Französisch, Mathematik und im Vorstellungsvermögen. Laut der Dienststelle Volksschulbildung dienen die Resultate Schülern für die Standortbestimmung und individuelle Förderung. Die Ergebnisse können dem Bewerbungsdossier beigelegt werden. Der Stellwerktest 8 wird auch von Firmen genutzt, um die Bewerber für eine Lehrstelle zu vergleichen. So können die erreichten Punkte mit dem Anforderungsprofil der Berufe abgeglichen werden. Schulleitungen und Lehrer nutzen die Ergebnisse für die Weiterentwicklung des Unterrichts.

Im Dezember 2014 beschloss der Luzerner Regierungsrat die Einführung des Lehrplans 21. Dieser wird seit dem Schuljahr 2017/18 gestaffelt eingeführt, zunächst auf der Primar- dann auf der Sekundarstufe. Vor drei Jahren war noch ungewiss, ob der Kanton nach der Einführung des Lehrplans 21 weiterhin auf den Stellwerktest setzt. Damals war noch nicht bekannt, ob die Testaufgaben an den neuen Lehrplan angepasst werden. Dies bestätigt Charles Vincent, Leiter der Dienststelle Volksschulbildung, nun: «Im Schuljahr 2020/2021 wird vermutlich die achte Klasse erstmals den neuen Stellwerktest absolvieren. Dieser ist umfassender als sein Vorgänger.» *(rt)*

Weitere Infos zum Stellwerktest gibt es hier.

https://www.luzernerzeitung.ch/zentralschweiz/luzern/luzerner-lehrer-sorgen-sich-um-ranking-ld.1090357?fbclid=IwAR0Y4_-iq57n4OrypUYxAcoutJ37k961oNiccQm0OGREj9tgkT2k4XQj4Ls

Schule Schweiz, 3. Februar 2019

Aus der Lernfabrik

Große Klassen und eine neue Kultur des Lernens industrialisieren den Lehrerberuf. Fließbandarbeit am Schreibtisch bestimmt den Berufsalltag vieler Kolleginnen und Kollegen.

Arbeiter einer Bildungsindustrie, Frankfurter Rundschau, 13.1. von Nils B. Schulz

Lehrerinnen und Lehrer sind zu Arbeitern einer hybriden Bildungsindustrie geworden. 50-Stunden-Wochen und Fließbandarbeit am Schreibtisch bestimmen den Berufsalltag vieler Kolleginnen und Kollegen – vor allem an Gymnasien. Die fortschreitende Digitalisierung, die Test- und Evaluationseuphorie und die Kompetenzorientierung der Neuen Lernkultur, wie sie Christoph Türcke in seinem Buch „Lehrerdämmerung“ nennt, haben innerhalb von knapp fünfzehn Jahren ein ganzes Berufsfeld industrialisiert und die Schule in eine Lernfabrik verwandelt. Das Produktionsziel: höhere Abiturientenquoten bei gleichzeitiger Absenkung des Anspruchsniveaus, wie die jüngsten Studien des Frankfurter Bildungsforschers Hans-Peter Klein zeigen konnten.

Die Niveauabsenkung wird vor allem durch das ständige Gerede über Qualität und Qualitätsmanagment kaschiert.

Weiterlesen: https://schuleschweiz.blogspot.com/2019/02/aus-der-lernfabrik.html

Originalartikel: https://www.fr.de/wissen/arbeiter-einer-bildungsindustrie-11415621.html

NZZ am Sonntag, 3.2.2019

Datenschützer verlangen Whatsapp-Verbot an Schulen

Nicht nur die Schüler, auch die Lehrer sollen auf Whatsapp verzichten. Dies wollen Datenschützer und der Schweizer Lehrerverband.

René Donzé

Die Lehrerin informiert die Eltern über den Whatsapp-Chat über die Durchführung der Schulerreise. Das Lehrerteam eines Schulhauses verabredet sich zu einer kurzfristigen Sitzung in der Zehn-Uhr Pause. Solches soll künftig nicht mehr erlaubt sein. Zumindest nicht in Winterthur. Dort hat die Zentralschulpflege ein absolutes Whatsapp-Verbot an den Schulen verhängt, wie der «Landbote» berichtete. Eine Weisung, die landesweit Schule machen könnte, wenn es nach den Datenschutzbeauftragten und dem Lehrerverband Schweiz (LCH) geht.

So sagt LCH-Präsident Beat Zemp: «Für die berufliche Kommunikation zwischen Schulleitungen, Lehrpersonen, Eltern, Schülerinnen und Schülern eignen sich weder Whatsapp noch andere Messenger-Dienste, die den erhöhten Anforderungen an den Datenschutz nicht mehr genügen.» Die meisten kantonalen Datenschutzbeauftragten hätten inzwischen die Position des Lehrerverbands übernommen und würden den Verzicht auf Whatsapp für die schulische Kommunikation empfehlen.

Bereits länger klar ist, dass der Messenger nicht für die Kommunikation mit Schülern eingesetzt werden darf, nachdem dieser das Mindestalter auf 16 erhöht hat. Das Thema hat nun an Brisanz gewonnen, da Facebook-Chef Mark Zuckerberg angekündigt hat, dass er Whatsapp, Instagram und Facebook verknüpfen will. Heute schon greift Facebook auf Kontaktdaten von Whatsapp zu. So können Informationen von Eltern ohne deren Einverständnis über das Handy der Lehrer an Facebook gelangen.

Die Winterthurer Schulpflege stützt sich bei ihrem Entscheid auf Richtlinien des kantonalen Datenschutzbeauftragten Bruno Baeriswyl. «Whatsapp kann nicht datenschutzkonform eingesetzt werden, da es nicht nur Kontaktdaten auf dem Smartphone ohne Einwilligung der betroffenen Personen kopiert», sagt er, «sondern diese auch in die USA übermittelt und dort speichert.» Die Winterthurer Regelung sei rechtskonform und angemessen.

Ähnlich argumentieren auch die Datenschützer der Kantone Bern und Thurgau. Beide warnen vor den Risiken des Messengerdienstes. «Wir sind der Meinung, dass eine Schule das kantonale Datenschutzgesetz verletzt, wenn sie über Whatsapp kommuniziert», sagt Markus Siegenthaler (Bern). Und Fritz Tanner (Thurgau) spricht von einer «gefährlichen Datenkonzentration. Die weitere Entwicklung von Whatsapp wird derzeit beobachtet.»

Ein eigentliches Verbot aussprechen können die Datenschutzbeauftragten indes nicht, weil Schule Gemeindesache ist. Tanner hält ein solches Verbot für «nicht ausgeschlossen». Siegenthaler hofft, dass die Berner Erziehungsdirektion die Schulen entsprechend informiert. Auch das Zürcher Volksschulamt verweist auf die Autonomie der Gemeinden. «Der Kanton macht den Schulen diesbezüglich keine spezifischen Vorgaben», sagt Amtschefin Marion Völger. Man verweise bei Anfragen jeweils auf die Weisungen des kantonalen Datenschutzbeauftragten.

Die Stadt Zürich stützt sich ebenfalls auf diese Unterlagen und die Empfehlung des Lehrerverbandes ab. Doch: «Ein stadtweites Verbot zur Nutzung von Whatsapp hat die Schulpflege nicht erlassen», sagt eine Sprecherin des Schulamts. «Dies aus dem einfachen Grund, dass kaum kontrolliert werden kann, ob ein solches Verbot eingehalten wird.»

https://epaper.nzz.ch/#article/8/NZZ%20am%20Sonntag/2019-02-03/12/239457218

NZZ am Sonntag, 3.2.2019

Nur die EU schützt uns Schweizer vor dem Datenkraken Facebook

Der Social-Media-Anbieter schert sich keinen Deut um unsere Privatsphäre. Nun erwägt Facebook, seine Plattformen, zu denen auch Instagram und Whatsapp gehören, zusammenzulegen. Und würde so noch viel mehr Daten über uns anhäufen.

Von Markus Städeli

Facebook ermöglicht es Dir, mit den Menschen in Deinem Leben in Verbindung zu treten und Inhalte mit diesen zu teilen»: So lautet das inzwischen recht nüchterne Motto des Internetriesen. Er hatte es abändern müssen. Das frühere Firmenleitbild, das versprach, «Menschen zu ermächtigen», war etwa so stimmig, wie wenn ein Clusterbomben-Hersteller für den Weltfrieden würbe.

Heute wissen alle, die es wissen wollen: Die Firma teilt persönliche Daten nicht nur mit unseren Freunden – sondern gerne auch mit einer Reihe von Drittfirmen. Facebook spioniert aus, wo wir im Internet surfen. Der Konzern erstellt Profile selbst von Menschen, die sich gar nie für seine Dienste registriert haben. Er hat abstruse Falschmeldungen durchgehen lassen, welche die US-Präsidentschaftswahlen beeinflussten. Er baut im Hintergrund wohl eine gigantische Fotodatenbank zur Gesichtserkennung auf. Er macht einige seiner Nutzer zu Digitaljunkies und viele mehr unglücklich. Kurz: Die Firma schert sich keinen Deut um das Wohl ihrer Nutzer. Firmengründer Mark Zuckerberg macht einen unbelehrbaren Eindruck.

Ernüchternd ist, dass das rüpelhafte Benehmen Facebook bisher nicht schadet: Diese Woche hat das Unternehmen seine Investoren für die Periode von Oktober bis Dezember mit einem Reingewinn überrascht, der 50 Prozent über Vorjahr liegt.

Die Gefahr für unsere Privatsphäre geht nicht mehr primär von der namensgebenden Social-Media-Plattform Facebook aus. Dort bleibt heute die Ü-40-Generation mitsamt ihrer Ferienfotos, Lebensweisheiten und Katzenvideos weitgehend unter sich. Beunruhigend sind vielmehr die Fülle an Personendaten, die entstehen würden, sollte die Firma ihre selbstgebauten Plattformen Facebook und Messenger mit den zugekauften Firmen Instagram und Whatsapp kombinieren. Und genau das plant die Firma nun.

Was soll die Aufregung?, werden nun einige einwenden. Niemand ist gezwungen, Facebooks Dienstleistungen zu beanspruchen. Doch das stimmt so nicht: Instagram ist heute für die Imagepflege einer ganzen Generation unerlässlich geworden. Teenager und junge Erwachsene wollen ihrem Umfeld zeigen, dass sie aufregende Dinge tun, angesagte Freunde haben und verdammt gut aussehen. Das war schon immer so. Nur, dass die zentrale Bühne, auf der junge Menschen ihr Leben inszenieren, heute Instagram heisst. Noch wichtiger ist Whatsapp. Wer Kinder hat, merkt schnell, dass etwa die Kommunikation zwischen Eltern und den Juniorentrainern eines Fussballklubs wie selbstverständlich über eine Whatsapp-Gruppe läuft. Ein Abseitsstehen ist schwierig. Natürlich gäbe es sinnvolle Alternativen wie Threema, ein Schweizer Messaging-Dienst. Nur, was nützt der, wenn ihn nur eine Handvoll unserer Freunde benutzt und alle anderen auf Whatsapp sind? Hier spielt der sogenannte Netzwerkeffekt, der eine Social-Media-Plattform umso wertvoller macht, je mehr Leute diese benutzen. So entsteht eine Art natürliches Monopol. Das Argument, der Markt werde es schon richten, ist in diesem Kontext also nicht etwa liberal, sondern primär einfältig.

Sowohl Datenschützer wie auch Wettbewerbsbehörden sollten Facebook, Google und andere Internetkonzerne genau unter die Lupe nehmen. Viele Wettbewerbshüter würden heute unterschreiben, dass es Facebook gar nie hätte gestattet werden dürfen, Instagram und Whatsapp zu kaufen. Als Kriterium, ob eine Firma über eine marktdominierende Stellung verfügt und diese missbraucht, gelten Umsatzanteil in einem gewissen Markt. Geldwerte also. Instagram und Whatsapp jedoch waren Umsatzzwerge, als Facebook sie schluckte. Dass sie Datenriesen werden würden, war dem veralteten Kartellrecht gleichgültig.

Ähnlich ist die Situation beim Datenschutz. Das entsprechende Schweizer Gesetz datiert aus der Zeit, bevor das Internet aufkam. Auf Druck der EU müssen wir dieses nun zwar an die Erfordernisse eines Datenzeitalters anpassen. Doch während die EU bereits letzten Mai ein stringentes Datenschutzgesetz mit einem drakonischen Bussenregime einführte, laviert das Schweizer Parlament noch immer. In der zurzeit federführenden Nationalratskommission geistert sogar der absurde Wunsch nach einer zweijährigen Übergangsfrist herum – sollte das revidierte Datenschutzgesetz denn endlich einmal verabschiedet werden.

Zum Glück stehen wir Schweizer ein Stück weit unter dem Schutz der EU. Wieso? Ausserkontinentale Firmen sehen Europa punkto Datenschutz oft als einen einheitlichen Rechtsraum an, der auch die Schweiz umfasst. Die irische Datenschutzbehörde hat Facebook übrigens bereits signalisiert, dass die geplante Integration von Messenger, Instagram und Whatsapp in der EU nur erfolgen könne, wenn die Firma sich an den europäischen Datenschutz hält. Darin sind Prinzipien enthalten, an denen der Datenkrake wenig Freude hat: etwa, dass die Verarbeitung von personenbezogenen Daten nur für eindeutige und legitime Zwecke zulässig ist und auf ein notwendiges Mass beschränkt werden muss.

Entgegen ihrem Ruf fällt die EU-Kommission wirtschaftspolitisch immer wieder kluge Entscheide. Ihr ist sogar das ultimative wettbewerbsrechtliche Mittel zuzutrauen: Facebook in seine Einzelteile zu zerschlagen. Wir würden das liken.

https://epaper.nzz.ch/#article/8/NZZ%20am%20Sonntag/2019-02-03/15/239457115

Tagblatt, 6.2.2019

Schüler nutzen Whatsapp, Schulen suchen Alternativen

Verboten, verpönt oder in der Verantwortung der Lehrer: Ostschweizer Schulen gehen unterschiedlich mit dem Mitteilungsdienst Whatsapp um. Alternativen sind allerdings kaum erprobt.

Noemi Heule

Experten empfehlen die Schweizer App Threema als Alternative zum umstrittenen Mitteilungsdienst Whatsapp. (Bild: Sascha Steinbach/DPA)

Die Telefonkette war gestern, heute können Lehrer ihre Schüler gleichzeitig und in Echtzeit über Hausaufgaben, ausfallende Lektionen oder Prüfungstermine informieren. Viele greifen dafür auf Lehrer-Schüler-Chats über Whatsapp zurück. Der Thurgauer Datenschützer warnt allerdings vor

dem Einsatz von Whatsapp und zieht gar ein Verbot des Mitteilungsdienstes an Schulen in Betracht. Der Datenschützer spricht von einer «gefährlichen Datenkonzentration» des Dienstes, der wie Facebook und Instagram zum Facebook-Konzern gehört.

Thurgauer Datenschützer will Whatsapp aus dem Klassenzimmer verbannen

Silvan Meile 5.2.2019, 05:00

Dennoch ist Whatsapp an Schulen allgegenwärtig. Untereinander kommunizieren die Schüler über den Marktführer in Sachen Kommunikation und formieren sich dort auch zu Klassenchats, so der Tenor etlicher Ostschweizer Schulen. «Ob sich die Lehrer ebenfalls in den Gruppenchats beteiligen, bleibt ihnen selbst überlassen», sagt Hanspeter Hitz, Rektor der Kantonsschule Frauenfeld. Offizielle Mitteilungen müssen aber über die Kanäle der Schule gestreut werden. Wie an den meisten Ostschweizer Mittelschulen geschieht dies per Mail. Zudem verfügt die Schule über eine eigene Lernplattform auf Basis von Sharepoint, einer Microsoft-Software zum Teilen von Inhalten. Die Daten verbleiben auf den hauseigenen Servern. «Wir wollen nicht auf Drittanbieter angewiesen sein», sagt Hitz, selbst Mathematiker und Informatiker.

Eigenes Endgerät ist Pflicht

Ähnlich sieht es in der Kantonsschule Romanshorn aus. Stundenpläne, allgemeine Informationen oder Ausfälle werden über ein internes Informationssystem geteilt, das auch per App abrufbar ist, wie Rektor Stefan Schneider sagt. Die Mittelschule schreitet in Sachen Digitalisierung strammen Schrittes voran: Ein eigenes Endgerät ist seit vergangenem Sommer Pflicht. Die Schüler besitzen allesamt ein sogenanntes Hybridgerät, das sich als Tablet oder Laptop nutzen lässt.

Im Gegensatz zum Kanton Thurgau verzichtet St. Gallen auf eine Empfehlung in Sachen Whatsapp. Hier gilt lediglich eine Altersuntergrenze von 16 Jahren – das offizielle Mindestalter des Messengerdienstes. Die Lehrer seien angehalten, keine Klassenchats über Whatsapp zu führen, sagt Gianluca Zanatta, Schulleiter der städtischen Oberstufen Blumenau und Bürgli. Gruppenchats mit Eltern seien dagegen erlaubt. Die schriftliche Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern laufe ebenfalls per Mail. Über Office 365 können die Schüler nicht nur ihre Nachrichten, sondern auch gemeinsame Terminkalender abrufen.

«Wir können und wollen nicht voraussetzen, dass jeder Jugendliche ein Smartphone hat.»

Damit begründet Zanatta die Kommunikation ausschliesslich per Mail. Zudem wolle die Schule ein Zeichen setzen gegen die dauernde Erreichbarkeit, sowohl von Lehrern als auch von Schülern.

Schweizer App soll Whatsapp ersetzen

Die Realität sieht hingegen oft anders aus. «In der Regel besitzen Oberstufenschüler ein Smartphone», sagt Urs Schöni, Schulleiter der Sekundarschule Teufen. Nebst E-Mails testet seine Schule Threema aus, eine Schweizer App mit Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, die in die Schlagzeilen geriet, weil sie von Terroristen empfohlen wurde. Die App wird von Experten und Schulbehörden als Alternative für Whatsapp empfohlen; noch sind die Erfahrungen an Schulen allerdings gering. Die Sekundarschule Teufen stellte auf das neue Schuljahr auf die App um, nachdem Whatsapp im Frühling das Mindestalter auf 16 Jahren erhöhte.

Analog zum Kanton Thurgau rät auch das Ausserrhoder Bildungsdepartement dringend von Whatsapp-Klassenchats ab. Über die App Threema können die Lehrer ebenfalls Gruppenchats bilden und in Echtzeit kommunizieren. Während Whatsapp gratis ist, kostet das Konkurrenzprodukt eine einmalige Lizenzgebühr von rund 9 Franken pro Nutzer.

https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/schueler-nutzen-whatsapp-schulen-suchen-alternativen-ld.1091335

Veranstaltungshinweise

Bildungsforum Aargau – Schule im Fokus

Postfach 114, 8964 Rudolfstetten • info@bildungsforum-aargau.ch, www.bildungsforum-aargau.ch

Das Lernen der Kinder ins Zentrum stellen

oder von der Energie menschlicher Beziehung
in Schule und Elternhaus im Zeitalter der Digitalisierung

Referat von Carl Bossard mit anschliessender Diskussion
Mittwoch, 20. Februar 2019, 19.30 Uhr
Forum Odeon Brugg, Bahnhofplatz 11

Alles redet von Digitalisierung und von Kompetenzen. Darin und im selbstorganisierten Lernen sehen viele das Zaubermittel für die Zukunft unserer Kinder. Doch der Aufbau von Wissen und Können braucht Beziehung und Vertrauen – das gilt für die Schule, das gilt für die Familie. Der Referent beleuchtet das pädagogische Dreieck von *Lehrperson/Erziehungsverantwortliche–Kind–Inhalte* und zeigt die grundlegenden Wirkkräfte auf.

Alle wissenschaftlichen Studien zeigen eines: Es braucht *Personen*, die uns zu Verstehenden machen – mit der Energie des zwischenmenschlichen Austausches und der Kraft des dialogischen Lernens.

Eingeladen sind: Eltern, Lehrer, Erziehungsverantwortliche
und an pädagogischen Fragen Interessierte.

Carl Bossard, Dr. phil., Studium der Geschichte und Erziehungswissenschaften an den Universitäten Freiburg i.Üe., Montpellier und Bern. Rektor Kantonale Mittelschule Nidwalden, Direktor Kantonsschule Luzern und Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule PH Zug. Heute berät er Schulen und leitet Weiterbildungskurse. Er beschäftigt sich mit schulgeschichtlichen und bildungspolitischen Fragen.

Einladung

«Schule & Pädiatrie»

1. Abend:

Autismus – eine Diagnose mit vielen Facetten

Referent: Dr. med. Ronnie Gundelfinger (KJPD Zürich)
Mag. rer. nat. Bettina Rauch (KJPD St. Gallen)

Datum: 27. März 2019, 18:30-20:30

2. Abend:

Im Bann der Bildschirme – wenn Gamen und soziales Networking zur Sucht werden

Referentin: Prof. Dr. phil. Paula Bleckmann (Alanus Hochschule Bonn)

Datum: 22. Mai 2019, 18:30-20:30

Jahresprogramm

Vorankündigung: Tagung "Time for Change?" Teil II

Im Hamsterrad: Schule zwischen Überlastung und Anpassungsdruck

Samstag, 04. Mai 2019, Bergische Universität Wuppertal **Einladung**

Der neue Einspruch ist erschienen!

Bestellungen bei arkadi@bluemail.ch
für 7 Fr. (plus Versandkosten)